



**Pressemitteilung der Union
Luxembourgeoise des
Consommateurs**



(Lëtzebuerger Konsumenteschutz)

ULC kritisiert die Schließung von weiteren Postämtern

Die ULC hat sich schriftlich an den für die Post Luxemburg zuständigen Wirtschaftsminister, Herrn Fränz Fayot, gewandt, um gegen die Schließung von zusätzlichen Postämtern zu protestieren. Die ULC vertritt die Meinung, dass die Schließung von zahlreichen Postämtern eine unsoziale Politik ist, die mittlerweile nicht nur zu Lasten von älteren Personen, beziehungsweise mit eingeschränkter Mobilität, sondern zu Lasten aller Bürgerinnen und Bürger geht.

In ihrem Brief an den Wirtschaftsminister weist die ULC darauf hin, dass ins besonders ältere Kunden Schwierigkeiten haben, die Postdienste online zu benutzen und oft auf die Hilfe des Schalterpersonals oder eines Familienmitgliedes angewiesen sind. Nach Ansicht der ULC sind die angebotenen Onlinedienste kein vollwertiger Ersatz für die vielen Filialen, die in den vergangenen Jahren von der Post zwecks Kostenersparnissen geschlossen wurden. Darüber hinaus sind ebenfalls viele Geldautomaten den Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer gefallen.

Folglich wird die Möglichkeit, sich in der Nähe des Wohnortes Bargeld zu besorgen oder Überweisungen zu tätigen, weggefallen.

Die ULC protestiert energisch gegen diese unsoziale Entwicklung und weist darauf hin, dass die Reduzierung der Filialen ebenfalls zu einer Verringerung der sozialen Kontakte führt und damit zu einer Verödung der Ortschaften beiträgt. Auch als Faktor der sozialen Integration in den Ortschaften sind die Postagenturen äußerst wichtig.

Die ULC ist der Meinung, dass die Umstrukturierungsmaßnahmen der Post Luxemburg in die falsche Richtung gehen. Sie berücksichtigen nicht mehr die Bedürfnisse der Kunden der luxemburgischen Post. Das einzige Ziel der Rationalisierungsmaßnahmen ist es, auf Kosten der Kunden den Profit zu erhöhen.

Die ULC verurteilt in ihrem Schreiben an den Wirtschaftsminister diese Umstrukturierungspolitik, zumal der Luxemburgische Staat zu 100 % im Besitze der Post Luxemburg ist, die einen öffentlichen Dienst anbieten soll.

Wieder einmal werden durch diese Maßnahmen die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger und insbesondere der älteren Generation, die noch nicht an die digitalen Netzwerke angeschlossen sind, nicht berücksichtigt. Die Postkunden müssen oft kilometerweit zur nächsten Filiale fahren, eine Situation, die auch dem lokalen Handel nicht zugutekommt.

Daher fordert die ULC den Wirtschaftsminister auf, sich dafür einzusetzen, dass die Post Luxemburg ihre Politik ändert, um den tatsächlichen Bedürfnissen aller Kunden Rechnung zu tragen. In diesem Sinne hat die ULC den Wirtschaftsminister um eine dringende Unterredung gebeten.

Mitgeteilt von der ULC am 08.04.2022